



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

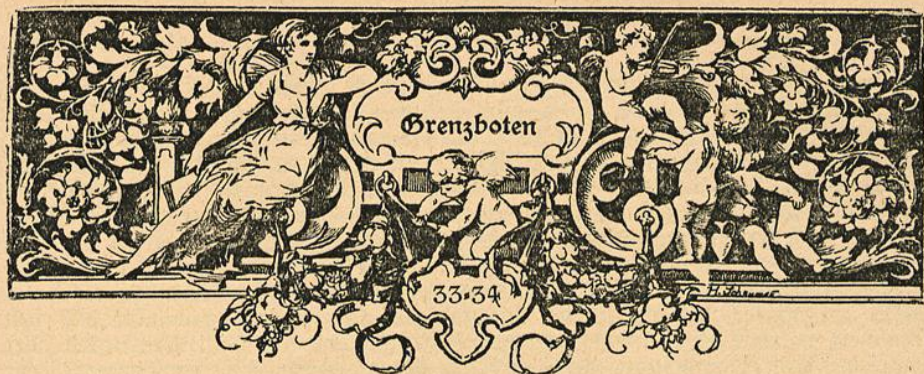
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Seien wir eine Nation!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Seien wir eine Nation!

Von Dr. Karl Buchheim



urch die Enthüllungen der Reichsminister Erzberger und Bauer ist vor allem auch der Streit um die Persönlichkeit Ludendorffs wieder angefaßt. Soviel darf man heute feststellen, daß dieser General in den verhängnisvollen Schicksalsjahren des Deutschen Reiches eine politische Bedeutung gehabt hat, die im Guten oder im Bösen doch jedenfalls ausschlaggebend genannt werden darf. Schon diese Tatsache beweist, daß in der politischen Leitung des Reiches, wie in der politischen Erziehung des Volkes etwas nicht in Ordnung gewesen sein muß. Denn rein an sich kann es im modernen Staate nie der Beruf einer Heeresleitung sein, zugleich die Politik zu bestimmen. Die sogenannten Aldeutschen, die im übrigen jetzt vielfach mehr als nötig schlecht gemacht werden, haben durch nichts mehr bewiesen, wie schlechte Schüler Bismarcks sie sind, als dadurch, daß sie die ihnen zugänglichen Volksteile dahin erzogen, daß Ludendorff den Frieden machen müsse. Trotz ihrer so laut verkündeten Bismarckverehrung beachteten sie nicht, für wie verhängnisvoll der erste Kanzler immer den Einfluß politisierender Generale gehalten hat. Gelesen mögen ja viele Deutsche die „Gedanken und Erinnerungen“ haben; politisch erziehen lassen aber haben sich dadurch leider offenbar allzu wenige. Verständlich wird die Zerstreuung zur politischen Weisheit des militärischen Führers allerdings durch die Tatsache, daß die politische Unerzogenheit des Volkes bis in die Kreise der berufenen Lenker unseres Staates hinaufging. Dort war kein politischer Führer, der den Pendelschlag der Weltuhr richtig zu hören verstand und schöpferisch zu gestalten gewußt hätte, was die Ereignisse uns an politischen Möglichkeiten boten. Die Schuld, die die deutsche kaiserliche Regierung an diesem Kriege und vor allem an seinem Ausgang tatsächlich hat, beruht darin, daß sie überhaupt niemals ein großes politisches Programm von säkularer Bedeutung hatte. Frankreich handelte politisch um seiner Revanche willen, Rußland im Sinne der panslawistischen Idee, England für den Ausbau seines Empire. Aber Deutschland? Unsere Politik verstand niemand, daher erregte sie bei allen Mißtrauen. Karl Hoffmann, den die Leser der Grenzboten durch manchen trefflichen Aufsatz kennen, sagt in einem leider zu spät erschienenen Buche, auf das ich nachher noch näher eingehen muß, mit recht, ein Volk werde erst dadurch zu einer Nation, daß es an seinen Beruf zur Lösung einer bestimmten großen politischen Aufgabe glaubt. Einen solchen Glauben hat das deutsche Volk nicht gehabt. Dazu waren wir alle miteinander, die Führer wie die breiten Massen, politisch viel zu denk- und tatenfaul, zu schlecht erzogen. Wir führten Bismarcks Namen im Munde, aber wir wollten keineswegs wie er politische Taten tun. Dazu waren wir zu

bequem und zu materialistisch. Wir wollten uns in allen Gassen dieses Planeten wirtschaftlich betätigen, das heißt wir wollten reich werden, weiter gar nichts. Wir wollten Geld verdienen auch dort, wo andere Völker politisch gebaut hatten. Das erzeugte den Haß, der zu dem Mißtrauen hinzukam, das die Ideenlosigkeit unserer Politik hervorbrachte. Wir haben, zumal im Anfang des Krieges, den Engländern Handelsneid und Krämergeist vorgeworfen. Das war nicht ohne Gründe. Ich fürchte aber, daß unsere Politik weit krämerhafter war als die englische, weit ideenloser und, vielleicht ist es nicht zu hart, wenn man sagt: feiger. Es war schließlich kein Wunder, wenn sich das Vertrauen der besten Teile unseres Volkes im Kriege zunächst mehr den fähigen Heerführern zuwandte als den ideenlosen, materialistisch angekränkelten Staatsmännern und Politikern in leitender Stellung. Ein Staatsmann, der das Zeug hat, in einem schweren Kriege Führer zu bleiben und auch einen militärisch erfolgreichen General im Zaume zu halten, ein Staatsmann, wie wir neben Ludendorff einen hätten haben müssen, der muß vor allem ein Held sein, so wie Bismarck einer war, ein Mann, der ein politisches Ziel weisen und alle Kräfte auf dieses Ziel richten kann. Eine Nation sein heißt eine politische Aufgabe anerkennen und politische Führer hervorbringen. Das deutsche Volk aber hatte nicht den Willen zu einer wirklich großen politischen Leistung und hat keine wahrhaften politischen Führer in diesem Kriege hervorgebracht. Deswegen ist unsere Katastrophe nicht völlig unverdient.

Als Bismarck das Reich geschaffen hatte, wäre es die nächstliegende politische Aufgabe der Deutschen gewesen, die deutsche Einheit zu vollenden, d. h. insbesondere die Oesterreicher zum Anschluß zu bringen. Wenden wir z. B. auf die Italiener, die Serben, Bulgaren, Griechen, Rumänen oder Polen. Sowie diese Nationen einen Nationalstaat erhalten hatten, haben sie alle darauf hingedrängt, die außerhalb gebliebenen Volksteile an diesen anzugliedern. Bekanntlich hat Bismarck diesen Weg den Deutschen nicht gewiesen, weil er die Habsburgische Monarchie aus Gründen der europäischen Politik nicht zerstören wollte. Dafür hat er durch Abschluß des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn einen mittel-europäischen Block begründet, der mehr hätte werden können als ein bloß völkerrechtliches Gebilde. Es wäre die nationalpolitische Aufgabe der Deutschen gewesen, den Mitteleuropäischen Gedanken politisch zu gestalten. Denn er war die einzige Möglichkeit, die deutsche Einheit zu vollenden. Erst während des Krieges ist diese Aufgabe ernstlich bei uns erörtert worden. Vorher wandte man sich lieber der sogenannten Weltpolitik zu. Bismarck hat das, wie man weiß, nur zögernd getan, aber für den neuen Kurs lag dann bekanntlich unsere Zukunft auf dem Wasser und um die Deutschen außerhalb der Reichsgrenzen sich zu kümmern vermied man sorgfältig. Es ist heute noch wenigen klar, daß die preußische Vorherrschaft im Reiche für die Lösung der großdeutschen Aufgaben eine nationalpolitische Schwäche bedeutete. Ein Reich, das seinen Schwerpunkt in Ober- oder Mitteldeutschland gehabt hätte, hätte die Oesterreicher nie so gleichgültig behandeln können, wie es das von Preußen geleitete getan hat. Neben den Preußen wurden unterm neuen Kurs die Hanseaten, die Leute von der Wasserfront, im Reiche einflußreich. Und die hatten für die Lösung der großdeutschen Aufgabe noch weniger Sinn. Man suchte Deutschlands Zukunft nur noch über See. Das hätte alles sein mögen, wenn uns die deutschen Weltpolitiker nur wirklich politische Aufgaben über See gewiesen hätten. Das war aber nicht der Fall. Man wollte überall nur wirtschaftlich vorankommen, Geld verdienen. Auch da, wo Gebiete unter deutsche Flagge gestellt wurden, wo wir Kolonien erwarben, verfolgte man in erster Linie wirtschaftliche Zwecke und fand weder den Mut noch den Schwung, unsere Kolonialpolitik mit einem großen politischen Gedanken zu erfüllen. Die Engländer sind zur gleichen Zeit ganz anders verfahren: da dachte Cecil Rhodes den großen Gedanken der englischen Herrschaft vom Kap bis nach Kairo, der dann aufging in dem noch größeren, alle Rindländer des Indischen Ozeans zu einem britischen Indiameerreich zusammenzufassen. Ebenso verfolgte Frankreichs Kolonialpolitik den Gedanken eines großen Reiches farbiger

Franzosen auf der anderen Seite des Mittelmeeres bis zum Kongo hinunter, und sogar Italien ging seit dem Tripolis-Kriege die Wege der großen Tradition des Imperium Romanum. Wir Deutschen hatten einen einzigen Mann, der die Gedanken eines politischen Helben in kolonialen Dingen gedacht hat, und den hat die offizielle Abspolpolitik des Reiches bezeichnenderweise verworfen: das war Karl Peters. Die wirtschaftlichen — daneben womöglich gar die bürokratischen — Gesichtspunkte, das Prinzip des Geldverdienens, des Materialismus, der Krämergeist beherrschten unsere sogenannte Weltpolitik. Wir verfolgten überall ausgesprochenenmaßen nur wirtschaftliche Ziele und bildeten uns auch noch wunder was darauf ein, weil unsere Politik damit ja doch so schön „friedlich“ wurde, so bequem sich in das gute Gewissen einlullen konnte, nirgends einen bewaffneten Konflikt zu wollen. Es war die Friedlichkeit des Kapitalträchtigen, der kein Schwert mehr haben mag, weil er weiß, daß Geld die Welt regiert. Diese Friedlichkeit hat uns den Haß und das Mißtrauen der ganzen Welt eingebracht, wie ja auch im Privatleben der „friedliche“ Geschäftemacher niemals wahren Frieden sät. Ich will die Engländer den Deutschen gegenüber keineswegs weißbrennen. Auch sie sind Krämer und Geschäftemacher, aber sie haben sich doch daneben ohne Zweifel ein ganz anderes Maß von politischem Selbentum erhalten, von großen Gedanken, mit denen sie die politische Welt gestalten und mit denen sie sich die Achtung auch derer immer wieder erzwingen, die sie geschäftlich gerupft haben.

Die Friedlichkeit unserer Weltpolitik mußte unsomehr auf Mißtrauen stoßen, als wir zugleich damit andauernd in „schimmernder Wehr“, in schwerer militärischer Rüstung einherschritten. Daß wir eine krämerhafte äußere Politik mit dem Festhalten am altpreußischen Militarismus verbanden, das war vor allem noch ein großer politischer Unfug. Es stimmte ja auch innerlich gar nicht zusammen. In einer Gesellschaft, in der der Soldat die Rolle spielte wie bei uns, hätte der Politiker sich gerade bei den geistig und sittlich gehobenen Schichten des Volkes nur dann in Achtung setzen können, wenn er eine Politik wahrer Größe, fortreizender Gedanken hätte aufweisen können. Man braucht sich also nicht zu wundern, wenn bei der bestehenden Sachlage der Militarismus im Innern seinerseits die politische Erziehung beeinträchtigte, oft gerade bei Leuten, die theoretisch deren Notwendigkeit selbst betonten, und wenn er nach außen das Mißtrauen gegen uns erhöhte. Es ist auch klar, daß Ludendorff bei der Ideenlosigkeit unserer Politik im Volke viel tieferen Eindruck machen mußte als die Staatsmänner. Während des Krieges kam endlich der Gedanke der mitteleuropäischen Gemeinschaft von Deutschland und Österreich-Ungarn auf. Das war die erste wirklich große und wahrhaft politische Idee, die seit der Aufrichtung des Reiches bei uns erörtert wurde, das erste große Ziel, das unserm Volke gesetzt wurde. Aber freilich: wirtschaftspolitische Hemmungen und der unfruchtbare Streit über Polen ließen es mit der Ausführung nicht vom Fleck kommen. Auch die nationale Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit der Magyaren trägt viel Schuld am Scheitern. Denn gescheitert war der große Gedanke schon, ehe der Zusammenbruch im Herbst 1918 kam.

Mitten in diesem Zusammenbruch erschien damals das von mir schon oben erwähnte Buch von Hoffmann, das sich bemüht, die tiefste weltgeschichtliche Bedeutung des Gedankens der mitteleuropäischen Einheit zu ergründen und seine weltpolitische Tragweite nachzuweisen¹⁾. Der Verfasser stellt fest, daß das halbe Jahrtausend der Weltgeschichte der sogenannten Neuzeit, in dem die Geschichte der Menschheit allein von Europa aus bestimmt worden seien, abgelaufen sei, daß die fremden Kontinente nicht mehr bloß Objekte der europäischen Politik seien, sondern aktiv von sich aus Geschichte machten. Es wird mindestens drei große Machtmittelpunkte in der zukünftigen Politik geben: den ostasiatischen, den angelsächsischen und den europäischen. Von diesen Komplexen ist der europäische in sich bei weitem

¹⁾ Dr. Karl Hoffmann „Der kleineuropäische Gedanke“. Leipzig, F. W. Grunow, 1918.

am meisten zerspittert, weil die Völker unseres Erdteils mit tiefer Feindseligkeit einander gegenüberstehen. Es wäre aber die große politische Aufgabe einer führenden Nation des Kontinents, Europa zu einer Einheit zusammenzufassen. Der große weltpolitische Gegner all solcher Bestrebungen muß ebenso wie zu Napoleons Zeiten auch heute noch England sein, weil das Schicksal des englischen Weltreichs vom Gang der europäischen Politik abhängt. Das englische Weltreich steht seinem Typus nach in der Mitte zwischen einem Kolonialreich alten Stils, wie es das spanische oder holländische war, wo die Kolonien nur Trabanten und Ausbeutungsobjekte des Mutterlandes sind, und einem eigentlichen Imperium nach Art des römischen, wo die Provinzen wirtschaftlich einander tragen und politisch immer mehr in gleichen Rang einrücken. Als Kolonialreich sieht dem britischen Reich das Schicksal des spanischen und holländischen bevor, nämlich der Abfall der selbständig gewordenen Dominions und der verflauten Völker, sowie das Mutterland in seiner europäischen Geltung beeinträchtigt würde. Die Umwandlung in ein eigentliches Imperium aber müßte den politischen Schwerpunkt mit der Zeit aus dem Mutterland in die viel reicheren und ausgedehnteren überseeischen Britenländer verschieben. In beiden Fällen müßte also das eigentliche England von seiner Bedeutung herabsinken. Das englische Mutterland ist also darauf angewiesen, sein Weltreich in dem Schaukelzustand zwischen Kolonialreich und Imperium zu erhalten; es muß deshalb auch, obwohl es längst in ein uneuropäisch gewordenenes überseeisches Gesamtangelsachsentum verflochten ist, seine Stellung als beherrschende Großmacht Europas eifersüchtig wahren. Das ist aber nur möglich, wenn die Gegenläge unter den kontinentalen Nationen andauernd wach bleiben. Darum hat England im 18. Jahrhundert die großen europäischen Dynastien, die Habsburger, Bourbonen, Hohenzollern usw. fortwährend gegeneinander ausgespielt, darum gegen Napoleon den Nationalismus der Spanier und Deutschen erweckt, darum endlich den Aufschwung der führenden Nationen von Europa, insbesondere der Deutschen, gelähmt durch das „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen“. Das große Ziel, das die Engländer durch den jetzt gewonnenen Krieg erreicht haben, ist die Balkanisierung Europas, damit Englands Hegemonie mittelbar über alle fest steht. Der Gegenspieler gegen England müßte sich also die politische Zusammenfassung der Nationen Europas mit Ausschluß Englands zum letzten Ziel setzen. Das ist der „kleineuropäische Gedanke“, ein Ausdruck, den Hoffmann in Parallele setzt zum „kleindeutschen“ Gedanken, mit dem einst der Nationalverein und Bismarck gegen Österreich operierten. Der mitteleuropäische Block, den wir im Kriege bildeten, und der für die Zukunft erhalten werden sollte, bekommt hierdurch noch einen höheren Sinn als er für uns rein nationalpolitisch als Lösung der großdeutschen Frage und wirtschaftspolitisch als Grundlage der Verwirklichung der Berlin—Bagdadpläne gehabt hätte: er wäre der Kern für eine spätere europäische Einheit gewesen, dessen Schwergewicht im Falle von Deutschlands Sieg auch auf die feindlichen Staaten Europas mit der Zeit hätte wirken müssen.

Das Hoffmannsche Buch formuliert die weltpolitische Aufgabe, die die Deutschen in diesem Kriege gehabt hätten, wenn sie politisch reif dafür gewesen wären, in einem Umfange, der wohl so ziemlich erschöpfend ist. Man darf leider vermuten, daß das Buch auch dann nicht gewirkt hätte, wenn es vor dem Zusammenbruche erschienen wäre. Jetzt ist natürlich an die Ausführung eines derartigen Programms auch nicht von fern zu denken. Das Buch kann sich jetzt mehr denn je nur an solche Leser wenden, die entschlossen sind, wahrhaft politisch „in Kontinenten“ zu denken und vor allem aus der nationalen Katastrophe, die uns betroffen hat, zu lernen. Es ist keine erfolgreiche Politik möglich ohne große klare Leitgedanken und feste Ziele. Das ist das erste, was wir lernen müssen. Man kann der Sozialdemokratie das Zeugnis nicht versagen, daß sie tatsächlich bemüht ist, Grundsätze in die deutsche auswärtige Politik zu bringen. Ich habe das auch kürzlich in einer Besprechung des letzten sozialdemokratischen Parteitagss bereits ausdrücklich anerkannt²⁾. Leider ist nur wenig Aussicht, daß diese sozial-

²⁾ Grenzboten 1919, Nr. 26 S. 291.

demokratische Politik Erfolg haben kann. Die Sozialdemokraten glauben, daß der moralisfreie Nationalegoismus das Kind der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sei, und daß man Aussicht habe, mit dem Beispiel einer gerechten unegoistischen auswärtigen Politik auf die antikapitalistischen Massen der heute feindlichen Staaten mit der Zeit so zu wirken, daß diese dort schließlich die Nachahmung des Beispiels erzwingen. Der Egoismus in der Politik ist aber weit älter als die kapitalistische Wirtschaftsordnung und wird sie überdauern. Das besondere Verhängnis dabei ist noch, daß die Sozialdemokratie ihre Anhänger ja mit Inbrunst in einer schroff materialistischen Weltanschauung erzieht. Schon jetzt muß die Sozialdemokratie mit einem gewissen naiven Entsetzen den innerpolitischen Egoismus der Arbeiter erkennen, denen sie vergeblich von der Unvernunft der Streiks und der Pflicht zu verstärkter Arbeit predigt. Das Erwachen in der auswärtigen Politik wird auch noch kommen. Es gibt übrigens in der Sozialdemokratie eine Richtung, die in der auswärtigen Politik heute Grundsätze empfiehlt, die denen des Hoffmannschen Buches ähnlich sehen. Ich denke an den Abgeordneten Cohen-Neuß und seine auf dem Weimarer Parteitag abgefasste „Kontinentalpolitik“. Der Parteitag hat recht, denn heute fehlen für eine deutsche Politik mit der Spitze gegen die Angelsachsen in der Tat alle Voraussetzungen. Hoffmann selber wird meines Wissens der erste sein, der das unumwunden zugesteht. Englands Sieg in diesem Kriege ist so vollständig, daß es in der Lage ist, seine seit zwei Jahrhunderten behauptete mittelbare Hegemonie über unseren Erdteil sogar in eine unmittelbare umzuwandeln. England und mit ihm Amerika werden in Zukunft der Sache nach direkte Vasallenstaaten auf dem Boden Europas haben. Große Teile von Europa sind nicht mehr weit entfernt von dem Niveau englischer oder amerikanischer Kolonien. In den Balkanländern, im ehemaligen Österreich-Ungarn und Rußland, vor allem auch in Deutschland werden noch lange alliierte Truppen stehen bleiben, die Flüsse werden internationalisiert, die Eisenbahnen kontrolliert, d. h. alle Handelsstraßen dem angelsächsischen Einfluß geöffnet. Es ist leicht möglich, daß der maßgebende Teil des deutschen Industriekapitals allmählich in englische und amerikanische Hände übergeht. Ich habe schon Stimmen gehört, die Deutschlands Zukunft ganz in der Rolle eines englischen Dominions sehen. Man darf jedenfalls die Augen vor den Tatsachen des Friedensvertrages nicht verschließen. Eine weltpolitische Rolle weiter spielen zu wollen, ist in unserer Lage vorläufig ausgeschlossen, am allerwenigsten gegen England.

Keineswegs aber soll unsere Politik der großen Ziele und Aufgaben entbehren. Unser Volk darf nicht aufhören eine Nation zu sein, es muß vielmehr jetzt erst recht lernen, sich als solche zu fühlen. Die national bewußten Kreise unseres Volkes müssen ganz besonders davor gewarnt werden, aus Haß gegen die Revolution die Zustände des kaiserlichen Deutschlands ins Rosenrote zu färben, und die frühere Politik starrköpfig weiter zu vertreten. Das kaiserliche Deutschland hat seit dem Abschluß der Reichsgründung dem Volke kein großes politisches Ziel zu weisen verstanden, weder ein nationalpolitisches, noch ein weltpolitisches. Darum ist es nichts als ideenlose Reaktion, wenn man, wie so häufig jetzt die rechtsstehenden Parteien, nichts anderes zu sagen weiß, als daß man die Zustände des Zeitalters Kaiser Wilhelms des Zweiten zurückwünsche. Denen, die mit mir überzeugte Monarchisten sind, möchte ich sagen: es kann sich nur darum handeln, ein deutsches Kaisertum wieder aufzurichten. Bestrebungen, die auf Wiederherstellung bundesstaatlicher Dynastien hinauslaufen, vor allem auch der preussischen, sind nicht im Sinne eines wahrhaftigen nationalpolitischen Fortschrittes. Wollen wir denn wirklich wieder in den Sumpf nationalpolitischer Ideenlosigkeit? Es kann einem das Herz zerreißen, wenn man die verstopfte Politik der sogenannten Deutschnationalen mit ansehen muß und die unfruchtbare Rechthaberei, die an Kurzsichtigkeit, den pazifistischen und sozialistischen Wegnern nichts nachgibt. Der Friedensvertrag läßt unserem Volke ein großes nationales Ziel, das uns alle einen könnte, wenn wir endlich mal was lernen wollten: das ist der großdeutsche Nationalstaat. Die Vereinigung mit Österreich und die

Wiedervereinigung mit den Markländern im Osten und Westen, die man uns jetzt nimmt, müssen wir alle erstreben und können wir erreichen, wenn wir ernstlich wollen, und wenn es hundert Jahre dauert. Alles andere: ob Preußen erhalten bleibt, wieviel Bundesstaaten zu organisieren sind, welche Farben die Reichsflagge haben soll, alle diese Fragen, mit denen gewissenlose oder denkfaule, rechthaberische Parteipolitiker heute die Volksgenossen gegeneinander hezen, sind minder wichtig. Wir wollen lernen, eine Nation zu sein, eine große nationalpolitische Aufgabe in allen unsern Parteien anzuerkennen, wir wollen lernen, nationalpolitisch nicht länger hinter den Polen und den Tschechen zurückzustehen, damit unser nationales Unglück wenigstens in seiner Fortwirkung ein Segen für uns werde.

Aber noch eins: Hoffmann sagt in seinem Buche mit Recht, daß eine große Nation nicht dabei stehen bleiben dürfe, politische Ziele nur für sich zu setzen, sondern daß sie auch für eine größere Gemeinschaft von Völkern etwas leisten müsse. Wir müssen uns frei machen von der Befangenheit im reinen Nationalismus und uns als Europäer fühlen (S. 103). Eine große Nation muß es verstehen, auch für die politische Gestaltung des internationalen Gedankens eine Aufgabe sich zuzuerkennen. Es müssen übernationale politische Gebilde geschaffen werden, an denen der an sich vage und userlose kosmopolitische Menschheitsgedanke eine feste Grundlage findet. Ein solches Gebilde sollte das „Mittleuropa“ werden, das wir erstrebten. Schon vor Jahren habe ich selbst in den Grenzboten versucht, das tiefe weltbürgerliche Pathos, das immer in der deutschen Seele gelebt hat und das wahrhaftig keine Schande für uns ist, mit dem mitteleuropäischen Gedanken zu verbinden²⁾. In gleichen Bahnen bewegt sich Hoffmann, indem er ein europäisches Bewußtsein in uns zu wecken sucht. Mit diesen Bemühungen ist es jetzt vorbei. Augenblicklich gibt es nur angelsächsische und ostasiatische Weltmachtzentren. Ob es je wieder ein besonderes europäisches geben kann, steht dahin. Der Völkerbund, der jetzt gemacht wird, ist ein Versuch, die Weltherrschaft der Angelsachsen mit moralischen und gesetzlichen Wällen zu umgeben. Bis jetzt stehen wir außerhalb. Doch werden wir wahrscheinlich noch hineinkommen, weil das auf die Dauer vor der europäischen öffentlichen Meinung kaum anders möglich sein wird. Dann wird es unsere Aufgabe sein, uns in dem Völkerbunde möglichst zur Geltung zu bringen, die öffentliche Meinung der Welt nicht zur Ruhe kommen zu lassen, wenn man uns unterdrückt. Wir werden statt militärisch publizistisch kämpfen lernen müssen, was wir während des Krieges leider noch gar nicht verstanden. Natürlich sagen uns jetzt schon wieder die Leute, die nichts lernen wollen, wir hätten nichts weiter zu tun, als den Völkerbund zu meiden, unsere Jugend zum Haß zu erziehen und sobald wie möglich wieder loszuschlagen. Kulturgenossen scheinen diese Herren nicht viel zu haben, und die politische Erziehung, die wir brauchen, ist damit auch nicht vollbracht. Ich möchte noch einmal den Gedanken Hoffmanns wiederholen: eine Nation sein heißt für ein Volk, große politische Aufgaben auf nationalem und übernationalem Gebiete anerkennen. Nun wir alle, wir Deutschen in allen Gauen und in allen Glaubensbekenntnissen, fassen wir den einen großen Entschluß: Seien wir eine Nation!



²⁾ Grenzboten 1916 Nr. 10 „Der internationale Gedanke“.